

Was so nicht in der Presse stand (12)

2019. Da mittlerweile Diffamierungen, Anfeindungen und teilweise sogar Morddrohungen gegen einzelne Mitglieder oder auch Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und behördlichen Gebäuden vorlagen, wendeten sich die Führungsmitglieder des Vereins an die zuständigen Behörden, die Ermittlungen aufnehmen sollten. Da wir von Seiten der Behörden keine „Gegner“ hatten, und diese ja am besten wissen müssen, was real und was fiktiv ist, war die Stimmung immer harmonisch, egal ob beim Verfassungs- oder Staatsschutz. Man klärte uns jedoch schnell auf, dass alle Klagen aussichtslos seien, da Teile der Staatsanwaltschaft „dieselben Parteibücher“ wie die Journalisten hätten, welche gegen uns schießen.

Bei allen Beamten (städteübergreifend) welche in den letzten drei Jahren als Kontaktpersonen auftraten, war immer die Devise: keine Aufzeichnungen, keine Berichte, alles was gespeichert wird und im Intranet landet, hat in Kürze die Gegenseite. Vertrauen ist ein seltenes Gut in diesen Zeiten. So komisch es sich im ersten Moment anhörte, war es dennoch schon längst Realität. Etliche originale Dokumente der Ermittlungen mit Adressen, Klarnamen und Zitaten waren bereits im Umlauf und wurden je nach Zeitung hin und her geschickt. Überraschen konnte das nicht. Der bürgerliche Rechtsweg war für uns somit abgeschnitten.

Wer ihn aber umso besser nutzen konnten waren die Kräfte, welche ein Interesse am Trubel und Mythos der Schattenarmee hatten. So hieß es am Ende einer Unterredung mit einem Verfassungsschützer: „Die von der Antifa gewonnenen und analysierten Informationen werden ebenfalls von den Verfassungsschutz- und Polizeibehörden genutzt. Hier fließt explizit die Antifa-Recherche und -Analyse in die Arbeit staatlicher Sicherheitsbehörden ein. Dass wir als Behörde Informationen aus den unterschiedlichsten Quellen gewinnen, ist völlig zulässig und ganz alltägliche Praxis. Wir sehen hier aber die Gefahr, dass diese, teilweise sehr stark ideologisch eingefärbten Informationen das Meinungsbild aller Behörden unterschwellig beeinflussen.“ Was aus solchen eingefärbten Informationen entstehen kann, sieht man beim Verein UNITER.

Es gab von 2017 bis 2020 insgesamt drei Hausdurchsuchungen bei mir, André S., die sich im Nachhinein alle als äußerst fragwürdig und teilweise rechtswidrig herausstellten. Gab es dafür einen Aufschrei in der Presse? Hat es überhaupt jemanden interessiert? – Nein! Allein die letzte Hausdurchsuchung mit SEK Einsatz war so etwas von lächerlich und rechtswidrig, dass es berechtigt ist, von einem gewollten Einschüchterungsversuch gegen meine Familie und die direkte Zuarbeit durch die Presse zu sprechen. Wenn schon innerhalb kürzester Zeit zu lesen ist, dass bei mir ein (völlig legales) Airsoftgewehr gefunden wurde, wo noch nicht einmal die Nachbarn durch den Lärm der Hausdurchsuchung aufgewacht sind, ist das schon sehr befremdlich. Brühwarm in der Zeitung: „Wieder Waffenfund bei „Hannibal““ (taz, 6.02.2020). Dass die Durchsuchung und die Beschlagnahme mehr als fragwürdig war und ohne Faktische Grundlagen wurde allerdings vergessen zu erwähnen. Die offizielle Begründung an diesem Morgen war, dass in Mosbach zwei Jahre zuvor ein Schießen mit Airsoftwaffen durchgeführt wurde, welches nicht angemeldet war. Dass wir zuhauf Dokumente und Rechnungen haben, die belegen, dass sowohl der Inhaber, als auch die durchführende Firma es wusste, plante und auch genehmigte (die den Behörden und dem Gericht ebenfalls vorliegen), hat man wohl kurz „vergessen“ zu erwähnen. Rechtlich gesehen lag keine Straftat vor, nicht einmal eine Ordnungswidrigkeit! Trotzdem ließ sich, entgegen dem lautenden Gesetz, die

Polizeibehörde von denselben Seilschaften instrumentalisieren, die an anderer Stelle Steinewerfer gegen sie einsetzt. Macciavelli wäre stolz auf dieses Manöver.

Ich möchte bei all dem Unrecht dabei die Kollegen und Kameraden, welche gegen ihre eigenen Leute vorgehen müssen, etwas in Schutz nehmen, auch wenn meine Familie oder viele andere Betroffene dies nicht mehr tun wollen. Einige von denen haben sich anschließend entschuldigt, meinten, sie hätten halt Befehle und wollten nichts riskieren, um ihre Karriere nicht zu gefährden. Da ich nicht in deren Situation steckte, will ich es mir auch nicht anmaßen zu sagen, wie ich an ihrer Stelle reagiert hätte. Jeder ist frei und muss tun was er für richtig hält.

Im nächsten Teil (13) geht es um die Akteure.